

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit (13. Ausschuß)

zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Waffenschmidt, Dr. Dregger, Dr. Schneider, Schwarz, Hauser (Krefeld), Kroll-Schlüter, Herkenrath, Magin, Dörflinger, Deres, Dr.-Ing. Kansy, Bohl, Dr. Meyer zu Bentrup, Dr. Möller, Dr. Schroeder (Freiburg), Braun, Dr. Bötsch, Dr. Miltner, Krey, Dr. von Geldern, Fellner, Dr. Jentsch (Wiesbaden), Gerlach (Oberнау), Dr. Laufs, Broll, Volmer, Spranger, Vogt (Düren), Müller (Wesseling), Dr. Jahn (Münster), Regenspurer, Dr. George und der Fraktion der CDU/CSU

— Drucksache 9/1304 —

zur Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Waffenschmidt, Dr. Schneider, Dr. Dregger, Schwarz, Sick, Braun, Dr. Möller, Herkenrath, Hauser (Krefeld), Kroll-Schlüter, Frau Karwatzki, Wimmer (Neuss), Burger, Müller (Wesseling), Regenspurer, Dr.-Ing. Kansy, Seehofer, Deres, Dörflinger, Dr. Jahn (Münster), Dr. Hüsch, Hanz (Dahlen), Spranger, Broll, Fellner, Dr. von Geldern, Gerlach (Oberнау), Dr. Jentsch (Wiesbaden), Krey, Dr. Laufs, Dr. Miltner, Volmer, Weiß, Clemens, Dr. Köhler (Wolfsburg), Jung (Lörrach), Zierer, Magin, Bohl, Maaß, Louven, Dr. Schroeder (Freiburg), Hartmann, Dr. Falthäuser, Sauer (Stuttgart), Kalisch, Breuer, Dr. Jobst, Dr. Warnke, Linsmeyer, Dr. Schäuble, Vogt (Düren), Frau Pack, Milz, Frau Geiger, Tillmann, Dr. Kunz (Weiden), Lenzer, Frau Benedix-Engler, Müller (Wadern), Jagoda, Dr. Bugl, Dr. George und der Fraktion der CDU/CSU

— Drucksachen 9/297, 9/943 —

Lage der Städte, Gemeinden und Kreise

A. Problem

Die Kosten der Sozialhilfe sind in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen und haben nach den für das Jahr 1980 vorliegenden Zahlen einen vorläufigen Höchststand erreicht.

Dabei geht aus der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion — Drucksache 9/943 — zur Lage der Städte, Gemeinden und Kreise deutlich hervor, daß die soziale Hilfe besonders stark durch die Kosten für die Hilfe zur Pflege (über $\frac{1}{3}$ der Gesamtkosten der Sozialhilfe) belastet wird.

B. Lösung/Alternativen

Zunächst Bericht der Bundesregierung

C. Kosten

keine

Einstimmige Annahme im Ausschuß.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag baldmöglichst über die bisherige Arbeit der Bund/Länder-Arbeitsgruppe „Aufbau und Finanzierung ambulanter und stationärer Pflegedienste“ zu berichten.

Dieser Bericht soll gleichzeitig alternative Lösungsmöglichkeiten aufzeigen.

Bonn, den 27. Oktober 1982

Der Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit

Höpfinger

Jaunich

Vorsitzender

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Jaunich

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 84. Sitzung am 5. Februar 1982 den am 3. Februar 1982 eingebrachten Entschließungsantrag an den Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit federführend sowie an den Innenausschuß und an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zur Mitberatung überwiesen.

Der federführende Ausschuß hat die Beratung in seiner 30. Sitzung am 24. März 1982 aufgenommen und nach einer Unterbrechung in seiner 38. Sitzung am 27. Oktober 1982 abgeschlossen.

Der Innenausschuß unterstützt mit seinem Votum vom 24. März 1982 die Zielsetzung des Antrages und hält eine Entlastung der kommunalen Finanzen im Bereich der Pflegedienste im Hinblick auf die anderen kommunalen Aufgaben für dringlich.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat am 24. März 1982 beschlossen, von einer Stellungnahme abzusehen.

Der Ausschuß geht davon aus, daß die Bundesregierung in ihrem Bericht die Anregungen berücksichtigen wird, die in der Entschließung vom 19./20. November 1981 der 48. Konferenz der für das Gesundheitswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder enthalten sind. Das gilt insbesondere für den darin erwähnten vom Land Berlin an das Wissenschaftliche Institut der Ortskrankenkassen vergebenen Forschungsauftrag zum Thema „Ausgewogene Absicherung der Gesundheitsrisiken“. Da dieses Gutachten noch nicht vorliegt, hat der Ausschuß eine zeitlich begrenzte Frist für die Abgabe des Berichtes nicht festgelegt; er geht aber davon aus, daß eine Lösung des gesundheits- und sozialpolitischen Problems der Pflegebedürftigkeit notwendig und dringlich ist.

Bonn, den 23. November 1982

Jaunich

Berichterstatter